

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

24 (28.1.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger zugestellt 12 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 12 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abolagen abgeholt 11 M monatlich. — Einzelhefte 30 Pf
Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24, Fernsprecher: 8550 M; Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. — schluß 8
Anzeigen: Die einspaltige Notizenzeile 220 M. Die Restzeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: Vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor

Die Goldmilliarde

Frankreich hat nach dem verlorenen Krieg von 1870/71 Deutschland 4 Milliarden Goldmark begahlt. Das galt damals als eine ganz ungeheure Summe. Jetzt hat Deutschland, nachdem es bereits Milliarden und Abermilliarden in ausländischen Geldnoten und Schatzwerten hergegeben hat, aus seinem Nationalvermögen abermals eine Milliarde Goldmark heraus, um seinen Reparationsverpflichtungen bis zu einem gewissen Grade nachkommen zu können.

Man soll nicht sagen, daß diese Goldmilliarde, die den besitzenden Klassen in Form einer Zuzahlung für drei Jahre völlig zinslos, später ganz gering zu verzinsenden Zwangsanleihe abgenommen wird, eine Kleinigkeit sei. Im Verhältnis zu den ungeheuren Lasten, die den arbeitenden Massen in Form des Steuerabzugs und Verbrauchssteuern aufgebürdet werden, erscheint sie stellenweise noch als zu gering. Die sozialdemokratische Partei ist daher keineswegs der Meinung, daß dieses Opfer, das den besitzenden Klassen von ihr abgefordert wurde, das letzte sein würde.

Nach den ursprünglichen Steuervorschlägen der Regierung sollte die Umsatzsteuer auf 2 1/2 Prozent erhöht werden; man wird sich mit 2 Prozent begnügen. Die Zucksteuer ist mit 50 M und nicht, wie beabsichtigt war, mit 100 M angelegt worden. Das Ziel der sozialdemokratischen Forderungen, die Verbraucher etwas weniger, die Besessenen stärker zu belasten, ist — wenn auch sicherlich nicht in dem Maße, wie man es liebsten sehen würde — erreicht worden.

Kein Wunder, daß die Presse der Rechten das Kompromiß fertig angreift, daß sie die bürgerlichen Mittelparteien beschuldigt, das Fortkommen der Besessenen der Sozialdemokratie ausgeliefert zu haben, und daß beispielsweise die „Deutsche Tageszeitung“ meint, die Zwangsanleihe im Betrage von 1 Milliarde Goldmark bedeute weiter nichts als eine glatte Expropriation.

Centralleitung und Reichstagsfraktion der Unabhängigen haben eine Erklärung beschließen, in der sie ihre einstimmige Ablehnung der Steuerbefreiung begründen. Diese Erklärung, die ebenso vorläufig wie die Zustimmung selbst erfolgte, stellt sich heute wie eine Rechtfertigung der Annahme des Kompromisses durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Wenn die Erklärung der Unabhängigen freilich weiter sagt, daß der Betrag der Zwangsanleihe zur Deckung der Reparationsverpflichtungen nicht ausreicht, so trifft das allerdings zu. Denn einen Betrag, der zur Deckung der Reparationslasten ausreicht, gibt es eben nicht. Auch nach der Berechnung der von Sozialdemokraten und Unabhängigen gemeinsam vertretenen Steuerforderungen, die in der Erklärung wiederholt werden, würde Deutschland unermesslich bleiben, die ihm auferlegten 102 Goldmilliarden zu bezahlen und zu tilgen. Eine endgültige Lösung kann sich erst ergeben, wenn von innen eine vernünftige Finanzpolitik, von außen aber auch eine vernünftige Reparationspolitik getrieben wird.

Die „Erfassung der Sachverhalte“ wird in ihrem Gesamtumfang optimistisch auf 20-25 Milliarden Goldmark geschätzt. Würde der Betrag reiflos zur Deckung der Reparationslasten benutzt, so läme dadurch ein wesentlicher Teil des deutschen Nationalvermögens in fremde Hände. Diese 20-25 Milliarden sind aber ungefähr nur ein Sechstel des von uns geforderten Reparationsbetrages.

Die Finanzreform, für die jetzt eine Mehrheit geschaffen worden ist, ist uns durch den verloren gegangenen Krieg aufgezwungen. Die wesentlichen Erhöhungen der Verbrauchssteuern sind uns durch den Friedensvertrag vorgeschrieben. Die Unabhängigen haben als erste die Unterzeichnung des Friedensvertrages gefordert. Sie sind grundsätzlich Anhänger der Erfüllungspolitik, sie können daher ehrlicherweise uns Sozialdemokraten keinen Vorwurf daraus machen, daß wir die bitteren Pflichten des Friedensvertrages auf uns nehmen, indem wir nach gewissen Absichten der Erhöhung der Verbrauchssteuern zustimmen.

In der praktischen Politik wird es immer so bleiben, daß man keine Forderungen nur stufenweise verwirklichen kann. An einem bestimmten Punkt vorläufig Halt machen, weil man zunächst über ihn nicht hinaus kommt, heißt nicht, das Weitermarschieren aufgeben.

Enise Zieg +

WTD. Berlin, 27. Jan. Die Reichstagsabgeordnete Frau Zieg (U.S.P.), die gestern während der Rede des Grafen Bismarck im Reichstag obamäßig wurde, ist heute gestorben. Der Nachfolger der verstorbenen Frau Zieg im Reichstag wird nach der Wahlliste der unabhängige Postsekretär Wilhelm Hoffmann sein.

Der Reichstagspräsident Genosse Löbe hat gestern der verstorbenen Frau Zieg im Reichstag folgende Worte ehrenden Gedenkens gesendet:

„Meine Damen und Herren! Sie haben wohl alle die schmerzliche Kunde vom Tode der Frau Abgeordneten Zieg bekommen. Frau Zieg, die gestern an der Spitze ihrer Arbeit in eine schwere Ohnmacht fiel, wurde von da auf ihr Totenlager getragen. Ein Leben voll rastloser, zermürbender Arbeit ist damit erloschen. Frau Zieg war eine der ersten deutschen Frauen, die für die politische Gleichberechtigung ihres Geschlechts gekämpft haben. Sie war eine der ersten Frauen, die in die deutschen Parlamente einzogen. An dem Tage, den sie für die deutschen Frauen mit erkämpft hat, ist sie hingestiegen. Wir im Plenum kennen sie als die temperamentvolle Streiterin, die dem heftigsten Meinungskampf nicht auswich und an jeder Fehde sich gern beteiligte. Wer mit ihr in den Kommissionen gearbeitet hat, der weiß, wie fleißig sie arbeitete und wie gewissenhaft sie es mit ihrer Arbeit nahm, und wie pflichtgetreu sie sich in die einzelnen Aufgaben vertiefte. Die Parteifreunde verehren in ihr eine glühende Wortkämpferin für ihre Sache. Wer ihr aber persönlich näher treten durfte, wie ich durch zwei Jahrzehnte hindurch, der weiß, daß hinter dem barten Schmuck

der Kämpferin, und darum für die Welt draußen verborgen, ein mütterlich sorgames Herz schlief. Ich danke Ihnen, daß Sie sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen erhoben haben.“

Sozialdemokratische Anfrage zur Kartoffelnot

Die Genossin Bohm-Schuch hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

„In der Sitzung des Ausschusses für Volkswirtschaft vom 23. November 1921 wurden folgende Anfragen angenommen:

1. die Reichsregierung zu erfragen, seit wann, welche Lieferungsverträge auf Kartoffeln von Kreis- und Kommunalverwaltungen sowie Verbraucherorganisationen mit anderwirtschaftlichen Erzeugerorganisationen, Erzeugern oder Händlern abgeschlossen und nicht erfüllt worden sind. Es sind Maßnahmen zu treffen, daß solche Verträge schleunigt erfüllt werden;
2. die Reichsregierung zu erfragen, inwiefern die Menge an Kartoffeln festzustellen, die in den einzelnen Städten bezw. Bezirken zur Versorgung der Bevölkerung fehlen, damit die Ansetzungen für eine zweckmäßige Verteilung vorliegen und der Transport sich reibungslos vollzieht.

Bei Besprechung des Ausschusses über die in der Anfrage erwähnte Angelegenheit des Ausschusses das Ersuchen an den Herrn Reichsernährungsminister gerichtet, möglichst bald Auskunft über den Stand der in obigen Anfragen gewünschten Erhebungen zu geben. Dies ist bisher nicht geschehen. Es ist auch nicht bekannt geworden, ob die von der Regierung angefragten oder getroffenen Maßnahmen zur besseren Erfassung der Kartoffeln und der besseren und billigeren Versorgung der Städte mit solchen, irgendwelchen Erfolg hatten. Nach Zeitungsmitteilungen sind zurzeit in Berlin keine Kartoffeln zu haben.

Da die Kartoffel für die Arbeiterschaft ein unerlässlicheres Nahrungsmittel darstellt, ist es dringend notwendig, seitens der Regierung dafür zu sorgen, daß genügende Mengen zu erschwinglichen Preisen auf den Markt kommen. Der hohe Preis ist für viele Bevölkerungskreise schon fast unerträglich; durch die Knappheit, welche in den Städten herrscht, wird er aber immer mehr in die Höhe getrieben.

Wie fragen an:

1. Was hat die Reichsregierung getan, um die vorstehenden Anfragen des Ausschusses auszuführen?
2. Was hat die Reichsregierung getan, um vor Eintreten des jetzt herrschenden Hungers Profites die Bedarfbesitzer mit Kartoffeln zu versorgen?
3. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um der Kartoffelnot in den Städten abzuwehren?
4. Welche Maßnahmen hat die Reichsregierung ergriffen, um den Frühjahrsbedarf an Speisepotatoes sicherzustellen?

Die Note an die Reparationskommission

Deslin, 28. Jan. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, wird die Note der Reichsregierung an die Reparationskommission heute nachmittag dem Berliner Vertreter der Reparationskommission Sagan ein überreicht und voraussichtlich in den Sonntagblätter veröffentlicht werden.

Vorkonferenz für Genua

WTD. Brüssel, 27. Jan. Binnen weniger Tage wird in London eine Zusammenkunft des internationalen Konföderations für die Wiederherstellung einer geordneten Wirtschaftslage in Europa stattfinden, welche als eine Vorbereitung zur Konferenz von Genua angesehen werden kann. Zu der Zusammenkunft werden je zwei Vertreter Belgiens, Frankreichs, Italiens, Englands und Japans erscheinen.

Amerika und Genua

WTD. London, 27. Jan. Neuer meldet aus Washington: Von fünfjähriger Seite wird mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht bereit ist, an der Konferenz von Genua, die zu dem vorgesehnen Zeitpunkt stattfinden wird, teilzunehmen. Die amerikanische Regierung würde indessen dem Plan einer Wirtschaftskonferenz, die später, das heißt, wenn Europa Zeit gehabt habe, wieder zu stabilen Zuständen zu gelangen, abgesehen werden, günstig gegenüberstehen.

Das neue Kabinett Schober

WTD. Wien, 27. Jan. Das wiederholt angekündigte zweite Kabinett Schober ist nun Tatsache geworden. Heute mittags wurde vom Nationalrat auf Vorschlag des Oberlandesgerichtspräsidenten Schober die Besetzung des Kabinetts beschlossen. Die Besetzung des Kabinetts ist folgende: Schober, Ministerpräsident; Dr. Hanke, Minister für Inneres; Dr. Hanke, Minister für Finanzen; Dr. Hanke, Minister für Unterricht; Dr. Hanke, Minister für Landwirtschaft; Dr. Hanke, Minister für Handel; Dr. Hanke, Minister für Verkehrswesen; Dr. Hanke, Minister für Arbeit; Dr. Hanke, Minister für soziale Angelegenheiten; Dr. Hanke, Minister für Gesundheitswesen; Dr. Hanke, Minister für Kunst, Wissenschaft und Literatur; Dr. Hanke, Minister für öffentliche Arbeiten; Dr. Hanke, Minister für Eisenbahnwesen; Dr. Hanke, Minister für Postwesen; Dr. Hanke, Minister für Telephonwesen; Dr. Hanke, Minister für Telegraphenwesen; Dr. Hanke, Minister für Wasserbauwesen; Dr. Hanke, Minister für Bergbauwesen; Dr. Hanke, Minister für Forstwesen; Dr. Hanke, Minister für Fischereiwesen; Dr. Hanke, Minister für Jagdwesen; Dr. Hanke, Minister für Tierzuchtwesen; Dr. Hanke, Minister für Pflanzenzuchtwesen; Dr. Hanke, Minister für Gärtnereiwesen; Dr. Hanke, Minister für Obstzuchtwesen; Dr. Hanke, Minister für Bienenzuchtwesen; Dr. Hanke, Minister für Fischzuchtwesen; Dr. Hanke, Minister für Tierzuchtwesen; Dr. Hanke, Minister für Pflanzenzuchtwesen; Dr. Hanke, Minister für Gärtnereiwesen; Dr. Hanke, Minister für Obstzuchtwesen; Dr. Hanke, Minister für Bienenzuchtwesen; Dr. Hanke, Minister für Fischzuchtwesen.

Zumutungen in der Tschechischen Kammer

WTD. Prag, 27. Jan. Im Abgeordnetenhaus fanden heute Vorkonferenzen statt. Den Anlaß dazu gab die Konstitution eines im kommunistischen Organ abgedruckten Beschlusses eines kommunistischen Abgeordneten, worin dieser die Soldaten zur Gewerkschaftsbildung aufforderte. Die Kommunisten begannen um eine halbe Stunde dauerndes Plauderkonzert, wobei die Redner nicht verstanden wurden. Es gab heftigen Wortwechsel zwischen Deutschen und Tschechen, der sich steigerte, als gegenseitig die Parteien eine Entschuldigend geworden war. Die Sitzung wurde auf eine halbe Stunde unterbrochen, um festzustellen, wer die Entschuldigend geworden war.

Das Steuerkompromiß

Kompromisse auf politischem Gebiete erleiden wohl immer aus einer Notlage heraus. In der Regel erleidet niemand an solchen Abkommen Freude. Das wird wohl auch auf das Steuerkompromiß zutreffen, das am Donnerstag nach endlosem Hin- und Her zwischen der S.P.D., dem Zentrum, den Demokraten und den Volksparteilern unter Führung des Reichskanzlers abgeschlossen worden ist. Natürlich werden diejenigen noch weniger Freude an diesem Werke haben, die letzten Endes zahlen müssen.

Und trotzdem: es gab keinen sichtbaren anderen Ausweg aus einer sehr kritischen Situation. Das Scheitern eines Kompromisses bedeutete den sofortigen Rücktritt des Kabinetts Wirth, d. h. außenpolitisch würden wahrscheinlich Währungsauflösung und Folgen heraufbeschworen, deren böse Tragweite für uns im ganzen Umfang nicht zu übersehen ist. Nach Lage der Dinge konnte beim Nichtzustandekommen des Kompromisses auf Wirth nur Stresemann folgen, also auf den Mann, der in steigendem Maße im ehemals feindlichen wie im neutralen Ausland sich Vertrauen erworben hat und täglich neu erwirbt, ein ehemaliger Preisbörser für den deutschen Gewaltfrieden, einer der Prediger der Amerikaner. Die Wirkung eines solchen Persönlichkeitswechsels konnte nicht nur, sondern mußte für Deutschland eine folgenreichere sein. Ebenso auch innerpolitisch. Und wir stehen ohnehin in den nächsten Wochen und Monaten vor unangenehm harten Aufgaben, deren Bewältigung ein Riesenmaß an Kraft und furchtlosen Willen erfordern wird. Ein Kabinett Stresemann war ein klarer Signal nach Außen und Innen. Gewiß, es gab noch einen anderen Ausweg: Auflösung des Reichstags und Neuwahlen. Aber aber in der Arbeiterschaft, der durchaus verständlich, über den Inhalt des Kompromisses erklährt ist, glaubt ernstlich daran, daß diesmal Neuwahlen mit einer Steuerparade der Linken erfolgt gebracht haben würden? Wenn aber nicht, dann hätte eine zu bildende bürgerliche Regierung und eine eben durch den Volkswirtschaft gebildete Parlamentsmehrheit gewissermaßen das Recht, die gesamte Steuerfrage nach ziemlich rücksichtslos bürgerlichen Interessen zu lösen.

Mit den Unabhängigen ist leider vernünftige Politik einfach nicht zu machen. Erstens haben sie sich in Leipzig kürzlich selbst einen Niesel vorgeschoben, und zweitens wollen sie nicht. Sie wollen recht gern, daß wir Mehrheitssozialisten den Gang der Staatsmaschine mit aufrecht erhalten, und sie würden den Sturz des Kabinetts Wirth ebenso wie sie Neuwahlen fürchten, aber sie wollen gleichzeitig die absolute Freiheit zur Demagogie, zum Raifonnieren in der Presse und in Versammlungen haben. Das Denken und Trachten der meisten Unabhängigen ist immer noch darauf eingestellt, wie können wir die S.P.D. zurückdrängen, wie können wir über sie hinauswachen? Und diesem verblendeten Beginnen opfern die Unabhängigen die wertvollsten politischen und wirtschaftlichen Güter der deutschen Arbeiterschaft. Das ist ein Drama, aber vorläufig nicht zu ändern.

So sehr die Unabhängigen den Weiterbestand des Kabinetts Wirth wünschen, so klar sich auch ihre besten Führer über die katastrophale Wirkung des Rücktritts bemüht waren, trotzdem schufen sie die Zwangslage, daß das Steuerkompromiß nach rechts hin versucht werden mußte. Und da sowohl das Zentrum wie die Demokraten die Ausdehnung der Koalition bis einschließlich der Volkspartei wünschen und wollen, haben ihnen die Unabhängigen dabei wertvolle Helfersherdienste geleistet. Die Sozialdemokratie hat in den letzten acht Tagen in einer außerordentlich schwierigen taktischen Position arbeiten und rechnen müssen.

Wie standen die Dinge? Bis zum 27. Januar ds. Js. hatten wir auf Befehl der Entente einen Zahlungsplan einzureichen. So wurde es in Genua differtiert, nachdem man schon vorher in London uns deutlich genug zu verstehen gegeben hat, in welcher Richtung und Höhe sich unsere direkten und indirekten Steuern zu halten haben. Es mußte also gepufft werden. Wie dann schließlich gepufft wurde, darüber wird weder unter den vier Parteien, noch innerhalb jeder der Parteien eine Einmütigkeit des Urteils zu erzielen sein.

Es soll 1. die Vermögenszuwachssteuer statt der ursprünglich vorgesehenen 300 Prozent 200 Prozent betragen, dazu soll eine Zwangsanleihe in Höhe von 1 Milliarde Goldmark kommen. Diese ist in den ersten drei Jahren unverzinstlich. Dadurch sollen die Mittel flüssig gemacht werden, die das Reichshaushaltsgesetz für das Rechnungsjahr bereitgestellt hat und die nicht für die Verkehrsanstalten bestimmt sind; 2. sollen die Nachkriegsgewinnsteuern fallen gelassen werden, die nicht gemindert einbringen; 3. soll bei der Umsatzsteuer ausnahmslos ein Satz von zwei Prozent erhoben werden; 4. soll die Kohlensteuer grundsätzlich 40 Prozent betragen mit der Möglichkeit der Anpassung an die Wirtschaftslage; 5. soll die Zucksteuer auf 50 M für den Doppelzentner, statt 100 M festgelegt werden; 6. sollen die Zölle auf Kaffee, Tee,

Kafao nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrates...

Es ist somit nicht gelungen, die sogenannte „Erfassung der Sachwerte“...

So schwer auch die Summe selbst sein mag, wichtiger ist uns dabei, daß mit und durch die Zwangsanleihe...

Unendlich schwer werden die neuen Steuern auf die arbeitenden Massen drücken...

An das Steuerkompromiß knüpfen bürgerliche Mütter Hinweise auf die Erweiterung der Koalition...

Das rote Braunschweig

Das Ergebnis der Braunschweiger Wahlen liegt nun vollständig vor...

Table with 2 columns: Partei, Mandate. Includes Sozialdemokraten, Unabhängige, Kommunisten, Demokraten, Landeswahlverband.

Das hervorsteckende Merkmal der Braunschweiger Wahl ist das starke Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen...

Der Übergang der Unabhängigen wird ebenfalls recht augenfällig...

Die Kommunisten verlieren trotz der Zunahme um einige tausend Stimmen...

Einer Niederlage gleich ist die Wahl für den reaktionären Landeswahlverband...

Ob eine sozialistische Regierung in Braunschweig gebildet werden kann...

Badische Politik

Vorschlag an zurückgesetzte Beamte und Beamtenhinterbliebenen

Im Dezember vor. Jahres war den badischen zurückgesetzten Beamten...

Die Arbeitervertreter beim Landesfinanzamt

Das Ergebnis der Wahl der vorläufigen badischen Landtag...

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (freie Gewerkschaften): 1. Rihert Jean, Arbeitersekretär, Mannheim; 2. Schulenburg Gustav...

Aus dunklen Stunden

Von Karl Salin-Merzbach

Es war im Spätherbst des Jahres 1907. Damals hatte ich wieder unter...

Auch von hier aus fanden Sammlungen in der Umgebung statt...

Die Sammlungen des ed. Pastors fielen segensreicher aus; denn Gott und Kaiser...

An der Kolonie Wilhelmshafen waren die Wandertarnten untergebracht...

Die Niederlassungen für Alkohol-Kranke zersiedelten sich in drei Arten...

Im ersten waren die Champagner, im anderen die Wein- und im letzten...

Was für ein Mese, was für eine entsetzliche Armut sich da zusammengefun-

„Wenn ich nur noch Weihnachten noch erlebe!“ wünschte einer...

Die hl. Nacht kam und ging vorüber. Darnach begehrte er den Frühling...

Da war ein Maurer. Er räumte sich nur an Königshausen gebaut zu haben...

Die Züme bestanden aus einigen Kneiffläcken, die er mit Zement überdeckte...

Die stellten den Blumentisch vor der Hauskapelle auf. Farrer, Kaplan...

„Ich habe Menschen angetroffen, die auf ihrer Wanderschaft den Gedröhren...

Deutscher Reichstag

Am Freitag, 27. Jan. In der Freitagssitzung gedachte Präsident Eise...

Der mehrheitssozialistische Führer Müller-Kantzen beschränkte sich...

Die Rechte antwortete mit aluten Fuhu-Rufen. Der Redner forderte...

Der Zentrumsvorsitzende Marx spendete dem Hauskanzler in reichem Maße...

In epischer Breite behandelte dann Dr. Breitscheid (USP) die auswärtige...

Dr. Peterlen brachte die Zustimmung der Demokraten ohne besondere...

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Am Samstag soll die Arbeit über den Wagenmannschaft fortgesetzt werden.

Inlegels von Korvin" Bewandlung führt. Das Jollom hat die ...

Es wird mitgeteilt, daß hier ein Gerichtsbeschluß vorliegt, ...

Ausdrücke über die Regierungserklärung ...

Darauf wird die Aussprache über die Erklärungen des ...

Abg. Müller-Franken (Soz.) wendet sich zunächst gegen den ...

Er beklagt die Annerkennungspolitik der Reichsregierung ...

Während des Krieges habe Westarp nichts hinzu gelernt und ...

wolle es auf die Befreiung des Ruhrgebietes ankommen lassen ...

(Kurze rechts.) Es gibt allerdings das deutsche ...

Kapitalismus, die das herbeiführen wollen. Eine Politik, die ...

zur Befreiung des Ruhrgebietes führt, ist wirklich nicht staats ...

erhaltend. Nur unter dem Druck der feindlichen Besetzung ...

wir der Politik der Erfüllung zugestimmt. Wenn der Versuch ...

müßigen ist, so sind die französischen Kapitalistischen Kreise ...

darin schuld. London hat zur Schaffung einer besseren Atmo ...

sphäre uns dann nach Cannes geführt. Wir haben einen Er ...

folg verzeichnen können. In Ausland überschätzt man die mo ...

darkeitskräfte Deutschlands nicht. Wenn diese das Volk ...

zu einem Revanchekrieg aufwiegen wollen, so würden sie einen ...

zweiten, aber viel schlimmeren 9. November erleben. (Witz ...

rechts: Ja, ja!) Wir müssen alles tun, um nicht auf österrei ...

chische Wege zu kommen. Für die deutsche Volk gibt es heute ...

50 österreichische Kronen. Die Landwirtschaft ist zur Wertschö ...

pfung der Zwangsanleihe durchaus unfähig. Sie steht blühend ...

da. Freilich bringt uns die Einerte zur Veranschaulichung der ...

Freie für Brot und andere Lebensmittel. Eine Reichstags ...

auslösung vor Genua ist unmöglich. Auch die Unabhängigen ...

wenden sich davon nichts versprechen. In dem Kompromiß ...

haben wir für die Arbeiter herausgehoben verstanden, was nur ...

möglich war. Mit dem Feldzug gegen die Weltläge von der ...

Alteinschuld Deutschlands sind wir durchaus nicht einverstanden ...

Abg. Marx (Ztr.) betont, daß immer weitere Volksteile ...

sich zur Politik des Reichsanalogs bekennen. Eine Einigung in ...

der Steuerfrage war notwendig. In gleicher Weise sollen die ...

Beziehenden und die breiten Schichten des Volkes die neuen Mil ...

liarden an Steuern aufbringen. Die Vertreter der Landwirt ...

schaft werden am nächsten Sonntag darüber beraten, wie sie ...

einen Teil der Last auf ihre Schultern nehmen können; man ...

bricht von 20 Milliarden. Wir müssen betriebl sein, unjer ...

Roll aus dem Sumpf zu retten, ob das gelingen wird, weiß ...

aber niemand; aber wehe dem, der nicht mitkämpft. Der Redner ...

wendet sich gegen Graf Westarp, den er vorwirft, daß seine ...

Politik das deutsche Volk dem Untergang zuführen hätte. Im ...

Abg. Dr. Levy (Komm. Arbeitssgem.) fordert ein rückhaltloses ...

und aufrichtiges Einverständnis mit Sowjetrußland. Die Aus ...

lieferung der Kriegsschuldigen lehnt auch er ab ...

Abg. Koenen (Komm.) wendet sich gegen das Steuerkompromiß ...

das er einen Milliardenraub nennt. Mit solch schändliche ...

Politik wollen wir noch Genua gehen? Vor der Anerkennung ...

der Sowjetrepublik fürchtet man sich, weil England noch nicht ...

vorangegangen ist ...

Abg. Gerst (D.Nat.) gibt namens seiner Fraktion eine ...

Erklärung ab, in der es heißt: Die Reichsregierung hat endlich ...

den Entschluß gefaßt, auch ihrerseits die wirtschaftliche und ...

finanzielle Unmöglichkeit der Erfüllung der uns auferlegten ...

Kontributionslasten anzuerkennen. Um die Regierung hierzu ...

zu bringen, bedurfte es offenbar erst des Druckes des durch die ...

Politik der Erfüllung herbeigeführten Zusammenbruchs der ...

deutschen Wälua, des katastrophalen Anschwellens der Teue ...

rung und des völligen Versagens aller Wege, die uns weiterhin ...

durch das Londoner Ultimatum auferlegten Lasten mit irgend ...

welchen Mitteln zu erfüllen. Aber auch heute macht die Regie ...

rung noch den verhängnisvollen Versuch, das Unmögliche mög ...

lich zu machen. Auch wir sind bereit für eine Entlösung des ...

Reparationsproblems weitgehende Opfer zu bringen. In der ...

in dem Steuerkompromiß in Aussicht genommenen Zwangs ...

anleihe erblicken wir jedoch die schwerwiegende Gefahr des Ve ...

ganges einer Zwangsverstaatlichung in das nationale Produktions ...

vermögen und das Privatigentum des deutschen Volkes ...

Präsident Ebe verliest darauf folgendes Mißtrauensvotum ...

der kommunistischen Partei: „Der Reichstag wolle beschließen ...

die Erklärung der Reichsregierung entspricht nicht den Anschau ...

ungen des Reichstags.“ ...

In einer längeren Geschäftsordnungsdebatte erklärt Abg. ...

Gerst (D.Nat.), daß seine Fraktion die Frage als endgültig ...

erledigt betrachte und den kommunistischen Antrag ablehne ...

Technisch sprechen sich die Abg. Dr. Feder-Hessen (D. Vp.) und ...

Abg. Leubner für die Unabhängigen aus. (Woh! bei der Abge ...

heit.) — Das Mißtrauensvotum wird gegen die 16 Stimmen ...

der Kommunisten abgelehnt. Die Deutschnationalen hatten den ...

Saal vor der Abstimmung verlassen. — Samstag 12 Uhr Fort ...

setzung der Preussischen Landtage über den Wagemangel. ...

Schluß nach 8 Uhr.

Schluß der politischen Aussprache im Landtag

Ein Vertrauensvotum für die badische Regierung von den Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Liberalen Volkspartei

gr. Karlsruhe, 27. Januar.

Mit dem heutigen Tage kam endlich die politische Aussprache im Badischen Landtag zu Ende.

In wirkungsvoller Rede präziserte dabei Abg. Genosse Maier-Heidelberg die parteipolitische Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion, wobei er mit den oppositionellen Parteien von rechts und links scharf abrechnete und die im ganzen Lande zu beachtende Frage aufwarf, wo denn die großen Reformvor schläge der Rechten geblieben seien, mit denen bei den Wahlen so viel Tamtam gemacht wurde.

Die folgenden Ministerreden brachten vor allem Mitteilungen des Arbeitsministers Dr. Engler zum Wohnungsweien und neben interessanten Darlegungen des Ministers Köhler über die Schwarzbrenner, eine packende Abrechnung des Innenministers Memmel mit dem Landbund, wobei er, vor allem unter Zustimmung der Zentrumsfraktion, feststellte, daß längst bevor der Landbund da war, die Landwirtschaft sich der steten Förderung durch den Landtag erfreuen konnte.

Sitzungsbericht

Präsident Wittmann eröffnet die Sitzung um 9.40 Uhr.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.): Ich möchte vorschlagen, daß das Parlament rasche Arbeit leistet.

Stat dessen zerplittert sich die Debatte. Alle Parteien sollten dafür sorgen, daß die Einzelfragen nicht in der Generaldebatte, sondern bei den Einzelbudgets behandelt wird.

Dem durch diese Debatten wird keine praktische Arbeit geleistet. Feststellen möchte ich, daß ein Teil der ironischen Behandlung des Kollegen Freidhof von der I.S.P. nicht berechtigt war.

Ge wis, muß sich Herr Freidhof sagen, daß er nicht in einer Mitgliederversammlung spricht. Aber man sollte sich nicht über jede sprachliche Entgleisung lustig machen.

Denn ein Mann der Berühmtheit verliert nicht über die Bildung eines Akademikers. Der Chefredakteur der „Badischen Landeszeitung“ mag vielleicht den Willen seiner Arbeitgeber erfüllen, wenn er sich darin gefällt, die sozialdemokratische Partei herunterzureißen.

Das Haus denkt über seine Glöhen zur Rede des Kollegen Strobel anders. Den Bemerkungen des Abg. Schmidt-Breiten über die Siebeler gegenüberzustellen. Von den großen Reformvorschlägen der Opposition im Wahlkampf hört man wenig (Sitz richtig).

Man sieht es bleibt nur die Koalitionspolitik übrig. Ich höre von rechts wenig Verbesserungsvorschläge. Wenn den Worten des Abg. Maier, daß der Landbund die Republik verleidigt, die Tat folgt, so freut es uns. Ursache haben allerdings die Landwirte, angeht ihrer Menschenopfer für die Monarchie im Krieg, die Republik zu schämen. Herr Abg. Schmidt-Breiten, der als eine menschliche Erinnerung aus vergangener Zeit in unsere Tage hineinreicht, ist reichlich mittelalterlich orientiert (Sehr gut!).

Gegen die Erklärung der 26. Volkspartei, sie stehe auf dem Boden der Verfassung, ist nichts einzuwenden. Die Stimmpresse ist in Bezug auf Befreiung der öffentlichen Meinung so stark, daß die liberale Volkspartei keine Verfassungskonsequenzen braucht.

Wie sich die Deutschnationale Volkspartei die Wertschätzung im Rahmen der Verfassung denkt, zeigen die Verurteilungen deutschnationaler Mütter über Scheidemann, Erbener, Prinz Max und Reichspräsidenten Oberwiesingh nicht, ob er einmal eine Wirtshaft hatte. Denn er war bereits mit 23 Jahren Parteiredakteur.

Wenn er aber einmal ein paar Monate eine Wirtshaft hatte, dann deshalb, weil ihn die Arbeitgeber als Sozialdemokraten aufs Pfahlschreiben und die Wirtshaft aufmachen mußte, um sich und seine Familie zu ernähren. Die Deutschnationalen mißtrauen die Pressefreiheit. Herr Abg. Mayer-Karlruhe meinte, das deutsche Volk käme erst wieder hoch, wenn es anerkennt: Lieber tot als Sklav! Ich meine, wenn wieder mal nach „Haus Doorn“

eine Geburtsstagsgratulation geschickt wird, so sollten die Grainlanten diese Worte telegraphieren, um sie an „Haus Doorn“ anzubringen. Die Rechte ist es, die eine durch und durch for-

Gemeindepolitik

Grüningen. Aus dem Gemeinderat. Gegen das Bauvorhaben des Wirts Alois Koch werden keine Einwendungen erhoben. — Frau Adria Parth hat für Mandat als Gemeindevorordnete niedergelegt.

In ihre Stelle tritt laut Vorschläge der demokratischen Partei Ludwig Kumm, Heizung und des Strickholzes muß abschafft beibehalten werden. — Die in dem Schuller Lagernden Karosellen sollen verkauft werden. Der Verkaufspreis wird auf 80 M der Pentner festgesetzt. — Von der Kündigung der Ortsbauamstlers Nimmeler auf 1. April 1922 wurde Kenntnis genommen.

Gerichtszeitung

Wegen Diebstahls, Urkundenfälschung und Betrugs hatte sich bei der 2. Strafkammer am 4. Juni 1916 in Blankenloch gezeigte und in Karlsruhe wohnhafte Kaufmann August N. m. a. S. zu verantworten.

Im Juni vor. A. verübte er in Speilberg im Saale des Stud. y mit dessen Tochter er ein Verhältnis angefangen hatte, einen Diebstahl. Er habe die Familie Stud. beunruhigen wollen; er sei nicht mit Diebstahlsabsichten nach Speilberg gegangen. Da aber niemand zu Hause gewesen sei, sei ihm der Gedanke, Geld zu stehlen, gekommen, gab der Angeklagte an. Mit dem am Speilber liegenden Schließel öffnete dann der Angeklagte die Türe. Er entwendete dann im ganzen 1900 M. ab 3 Sparbüchse. Auf der hiesigen Landwirtschaftsbank lob er dann gegen Vorlage des einen geliehenen Sparbüchse 3500 M. ab. Die Quittung unterzeichnete er mit dem Namen Stud. Die Sparbüchse soll Anstaltsvermögen von Heidelberg aus, wobei er als Wohnber den Namen Volpitz unterfälscht. Früher hatte er der Tochter des Stud. ihre ganzen Sparbüchse im Betrag von 11 000 M. abgelöst. Von diesem Betrag hatte er ihr wieder einen geringen Teilbetrag zurückgeliefert. Die dem Stud. aus Heidelberg überlassenen 6000 M. rührten von einem anderen Diebstahl her, den er in Blankenloch begangen hatte. Im Dezember vor. A. hatte er einmal im Zug zugehört, wie der Landwirt G. r. m. einer Frau von Tabalgeld erzählte. Auf das hin suchte er die Wohnung dieses Grimm auf und betrat gerade in dem Augenblick, als die Hausangehörigen im Stall oder sonst beschäftigt waren, das Wohnzimmer des Grimm, wo er das Tabalgeld, das dem Grimm von einer Tabalfirma zur Auszahlung an verschiedene Landwirte Blankenlochs übergeben worden war, im Betrag von rund 26 000 M. entwendete. Von diesem Gelde konnten 20 000 M. nicht mehr einbezahlt werden. Der Angeklagte hat mit dem letzteren Betrag Kleider und Schuhe gekauft, verschiedene Schulden bezahlt und auch Gefchenke gemacht. Das Gericht verurteilte Anstalt wegen einfacher und schwerer Urkundenfälschung, Diebstahls und Betrugs zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren, abzüglich 6 Wochen Untersuchungshaft. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden dem Angeklagten, der schon wegen gleicher Verbrechen bestraft ist, auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt.

Ein Preispruch. Vor dem Schwurgericht in Heidelberg hatte sich die Ehefrau Maria M. ange s. aus Altrheim wegen Tötung ihres Mannes zu verantworten. Die Verhandlung entfaltete so trübe Seitenbilder, daß die Öffentlichkeit zeitweise ausgeschlossen werden mußte. Die Angeklagte war von ihrem Mann, einem notorischen Sünder sehr schlecht behandelt worden. Die von den Eheleuten Manges geführte Wirtshaft war die reinste Antimierneise. Aus den Auslagen der Angeklagten ging hervor, daß sie von ihrem Manne mehrfach bedroht worden war. In der Nacht des 30. September v. J. hat die Frau dann ihren Mann nach einem heftigen ehelichen Streit mit einer Prommingpistole erschossen. Der Mann war sofort tot. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, da sie der Ansicht waren, daß die Angeklagte aus Notwehr gehandelt habe. Darauf wurde die Angeklagte freigesprochen. Die Jüherer nahmen das Urteil mit Beifall auf.

Parteienoffen und Leser des „Volksfreund“

berücksichtigt bei eueren Einkäufen die

Geschäftliche Rundschau!

Kauft nur bei den Geschäftsleuten,

die euerer Presse mit Anzeigen unterstützen!



Die Nützbarmachung von in vielfähriger Praxis erworbener Erfahrung vermögen wir in unseren Salem Aleikum Salem Gold Zigaretten

ein Fabrikat zu bieten, welches auch den anspruchsvollsten Raucher befriedigt. Die bemerkenswertesten Eigenschaften unserer Erzeugnisse sind mild, reiner Geschmack, würziges Aroma, Bekömmlichkeit.

Preise für Salem Aleikum u. Salem Gold Zigaretten: Nr. 50 60 80 100 50 60 80 100 Pfg. d. Stck. Cavalier 100, Cabinet 150, Auslese 200 Pfg. Erhältlich in den besseren Zigarrengeschäften.

zumpierte Gesellschaftsgruppe verteidigt, die seit Jahrzehnten degeneriert ist. Der Abg. Schmidt-Weiten hätte bei seinen Großdebatteerinnerungen auch die Verhandlungen von 1905 vorzutragen sollen, die ihn ja in sehr nahe Beziehung zur Sozialdemokratie gezeitigt hätten. Politisch ist die Welt über den Reichstagenvertrag gegen die Sozialdemokratie zur Tagesordnung übergegangen.

Die Sozialdemokratie

Hat gezeigt, daß sie berufen ist, die Arbeiterklasse aus dem heutigen Elend herauszuführen. Der Herr Kollege Rod von den Kommunisten und Kollege Rod von den Unabhängigen machten es sich leicht. Mit Klaffen hat sich eben anders als die Führung des Klassenkampfes, der geführt werden muß, weil er ökonomisch begründet ist. Es hat keinen Wert, den einzelnen Bourgeois zu helfen; denn er kann ein sehr guter Mensch sein und ist nur ein Produkt seiner Verhältnisse. Dagegen bekämpfen wir die Bourgeoisie. Wir unterscheiden uns von der Linken, weil wir der Ansicht sind, daß sich die Herrschaft einer Minderheit nicht halten läßt. Die Mehrheit der Bevölkerung muß mit den Verhältnissen einverstanden sein. Deshalb ist es notwendig, mit gesetzlichen Mitteln zu arbeiten. Weder die Methoden Bismarcks noch die anarchistischen Lehren von Most konnten Webel veranlassen, von der Geschäftsmacht abzugehen. Die Methoden Rods können nicht staats- und gesellschaftsgebend sein. Das beweist die Geschichte. Mit Gewalt allein kann man nichts machen. Wäre die Gesellschaft nicht durch den Weltkrieg so lortumpiert gewesen, dann hätte man bezüglich der Sozialisierung weitergehen sollen. Bei der dergestaltigen Moral erwägen wir aber gegenwärtig die Verantwortung zu groß. Wir wollen an Stelle der jetzigen Gesellschaftsordnung eine bessere Gesellschaftsordnung setzen. Den Weg der Linken halten wir aber für falsch; je für verbrecherisch an der Arbeiterklasse, wie die mittelständischen Vorgänge beweisen. Der Verantwortungsgefühl hat, muß der Herr Rod von den Kommunisten beipflichten. Gätten die Arbeiterklasse damals nicht gewarnt, so hätte es gemäß der Proklamation der Kommunisten ein gewaltiges Plutob gegeben, wie es von Moskau angeordnet wird. So sehr wir mit der Kritik an der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung einverstanden sind, so wenig können wir diese Gewaltmethoden gutheißen. (Abg. Weibelhof (M.D.P.): Wir sind keine Aufschüßler.) Wenn die Unabhängigen keine Aufschüßler sind, so freut es niemand mehr als uns. Hätte die Gesamtarbeiterklasse seit der Revolution eine vernünftige Politik gehabt, so hätte die Arbeiterklasse um Millionen mehr Anhänger und die sozialistischen Eide würden bis über die Wolken hinaus reichen. Einen anderen Weg, Arbeiterklasse und Staat wieder in die Höhe zu bringen, als die Kapitalismuskritik sehen wir nicht. Die große Mehrheit der Menschen bei den kommunistischen Aktionen sind sehr neue Soldaten. Das sind Menschen, die keine Arbeiter sind, die keine Arbeiter sind, die keine Arbeiter sind. Wir wissen dagegen die demokratische Republik zu schätzen und verteidigen sie und wissen auch, was die Gewerkschaften erreicht haben. Nicht der Aufschüßler und der Sozialradikalismus, sondern der Radikalismus der Tat beim Wiederaufbau wird uns vorwärts bringen. Wie den politischen hatten wir auch den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen

Zusammenfassung der Arbeiter

für nötig. Menschen mit humanitärer Gesinnung sind es überall, politisch halten sie alle bürgerlichen Parteien für nicht reif, die Probleme des Sozialismus zu lösen. Dagegen gehen wir mit den bürgerlichen Parteien, wenn sie mit uns Sozialpolitik treiben. Dem Landbund sind wir außerordentlich dankbar, weil das Bürgerium gesplittert, ebenso wie wir bedauern, daß die Linksparteien die Arbeiterklasse gereizt. Die Verfassung des Reichstages Michaels im Jahre 1917 beweist, wie es damals in Deutschland aussah und wie damals hinter den Kulissen gearbeitet wurde. Indem diese Gesellschaft damals das preussische Wahlrecht verweigerte und eine Einheitsstimme verhinderte, grub sie sich selbst das Grab. In allen Staaten sehen wir, daß die Sozialisten die Basis sind. Die katholische Kirche hat eine so große Macht, daß ihre Macht und unsere Macht zusammen genommen den Krieg verhindern mußten. Schulfragen aufzurollen sind wir nicht gewillt. Der jetzige Zustand in der Schule ist erträglich. Die Schulen müssen jedoch trotz der Not leistungsfähig aufgebaut werden, um die denkbar beste Ausbildung unserer Jugend zu geben. Den Kirchen sollten die Kirchensteuern das Nötige geben. Die Sparanstalten des Finanzministers beargreifen wir; sie darf aber nicht in Ansehung der Ausgaben und vor allem darf nicht an Notwendigen gespart werden. Wir müssen daher prüfen, ob für Arbeiterfrage, Wohnungsfragen und Kulturfragen nicht mehr Geld einzuweisen ist, als es die Regierung tut. Die Festbesoldeten zahlen ihre Einkommensteuer ehrlich; bei den anderen Anstellungen ist bald ein kleines, bald ein großes, bald ein sehr großes Fragezeichen daran zu machen. Den Steuererklärungen der Bestehenden darf oft ein Null angefügt werden. Mit Steuern allein werden die Bedürfnisse des Reiches und der Länder nicht befriedigt werden; es müssen andere Quellen erschlossen werden. Die Justizverwaltung muß vor allem sehen, um in den Grenzgebieten die Ausräuberung des Landes zu verhindern. In der „Süddeutschen Zeitung“ beschwerte sich jemand über seine Erfahrungen in der Untersuchungshaft. In der alten Zeit war es jedenfalls nicht besser, wie ich bezeugen kann. (Justizminister Trunz: Die Angaben des Herrn Damm sind total unmaß.) Das Arbeiterrecht muß eine Verbesserung erfahren. Auf dem Gebiete der Wohnungsfrage kann ich Herrn Dr. Schöfer nicht folgen. Wenn die Freigabe der Wohnungen erfolgt (Abg. Dr. Schöfer: Die verlangte ist nicht), dann gibt es eine Wanderei schlammiger Art. Es war der Zentrumshauptredakteur Reichshaupt, der für Freigabe des Brennholzes eintrat; die Folge ist, daß man heute 83 M ab Lager zahlt. Nicht wir haben die Zwangswirtschaft errichtet, sondern die alte Gewalt. Wir haben sie jedoch dann gehalten, nicht aus Liebe zur Zwangswirtschaft, sondern um zu verhindern, daß die Preise ins Unermessliche steigen. Wir protestierten bis zum letzten Augenblick gegen den Krieg. Wir erklärten am 4. August 1914, daß wir bereit sind, die Heimat zu verteidigen, daß wir jedoch, sobald als möglich Friedensverhandlungen verlangen. Dies hat man aber dann nicht gemacht. Die Milchlieferung zeigt wenig von der Opferwilligkeit der Landwirtschaft. Die Sozialdemokratie ist zur

Praktischen Mitarbeit

bereit, so lange sie es vor ihrem Gewissen und dem Proletariat verantworten kann. Die bürgerlichen Parteien übernehmen damit aber auch die Pflicht zur Arbeit im Sinne der Entwicklung, wenn sie nicht das Chaos haben wollen. Wir stehen hier als Vertreter einer neuen Gesellschafts- und Staatsordnung und warnen das Bürgerium; lernen Sie das, was die alte Gesellschaft nicht gelernt hat.

Innenminister Nimmels:

Die Verantwortung der Einzelfragen ist beim Budget vorzunehmen. Der Landeskommissar urteilt nach Gesetz und Recht; Abg. Schmidt-Weiten meint aber bei seiner Heibel-

berger Beanstandung, er müsse so urteilen wie er. Rost und Eisenbahn nehmen als Reichsbedürfnis von uns keine Instruktionen entgegen. Was den Prozeß wegen der Beschauptung bezüglich der Reichsbedürfnisse betrifft, so möchte ich dem Abg. Dr. Götner mitteilen, daß es wegen der Schnoddrigkeit vollends unmöglich war, die Anklage gegen das Volk zurückzunehmen. Bei der Beratung des Etats werde ich dem

Landbund

noch eingehender nachgehen, daß es nicht nötig war, auf den Landbund zu warten, bis etwas für die Landwirtschaft getan wurde. (Zustimmung des Abg. Dr. Schöfer.) Im Gegensatz zu Herrn Abg. Klüber möchte ich feststellen, daß der Krieg eine Zwangsjade brachte, die erst nach und nach gelodert werden konnte. Herr Klüber scheint vom Elend nichts gespürt zu haben. Die Zwangsjade wurde für alle Volksgenossen geschaffen. (Zustimmung: Kirchhölzer.) Der französische Bauer würde mit Landbesitz heute und seine Felder hätte. Man kann nicht mit einem Sprung von der Zwangswirtschaft in die freie Wirtschaft springen. Herr Abg. Klüber hat nichts gelernt aus der Nacht nach dem Zusammenbruch, was seine rheinische Verbindung des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Remmele mit dem Minister Remmele beweist. Etwa um fünf Uhr würde die Zwangswirtschaft beseitigt. Diefelben Preisorgane des Landes, die ständig die Regierung angriffen wegen der Zwangswirtschaft, waren es, die dann die Regierung angriffen, als sich die Folgen der von ihnen verlangten freien Wirtschaft bemerkbar machten; so der „Mannheimer Generalanzeiger“ u. a., weil die Regierung eben immer wieder angegriffen werden muß. Herr Abg. Götner macht die Regierung für Dinge verantwortlich, wie bei der Vollerzeugung mit Düngemitteln usw., die in das Verzeichnis der Landwirtschaftskammer fallen. Ich will jedoch gegen den Präsidenten Gebhard (von der Landwirtschaftskammer) nicht so verfahren, wie er. Dem Abg. Gebhard möchte ich, da er Meinung ist, darauf hinweisen, daß wir bereits im Vorjahr ein großes Programm für die Landwirtschaft aufstellten. 10 Millionen werden in diesem Budget für die Landwirtschaft mehr eingelegt als im letzten. Ich persönlich bin der Auffassung, daß im Kriege alle Stände verpflichtet sind, die Pflicht zu erfüllen; abgesehen von ihnen Personen in allen Ständen, die aus dem Kriege ein Geschäft machten. Der Landbund unterließ es völlig auf die Erfahrungen hinzuweisen, wenn der Preis um 75 Prozent erhöht wird. Niemand weiß es, ob diese Preissteigerung nicht wieder neue Verluste bringt. Eine verantwortliche Regierung muß jedoch ausgleichen wirken. Es war im babilonischen Landtag niemand, der fordern konnte, daß die Zwangswirtschaft abhebt und es ist festzustellen, daß der Wiederaufbau der Landwirtschaft viel leichter besser langamer vor sich gegangen wäre. Statt sich über Landesinteressen zu ärgern, sollte man sehen, die wirtschaftliche Not zu beseitigen. (Beifall.)

Agrikulturminister Dr. Engler:

Die Not im Wohnungswesen gebietet das freie Verfügungsrecht für Wohnungen noch länger einzusetzen. Es ist nicht richtig, daß vor dem Krieg eine ideale Lösung des Wohnungsproblems bestand. Die Wohnungsfrage muß wesentlich erhöht und sozialer gestaltet werden. Je mehr die Mieter die Wohnabgabe bekämpfen, umso mehr kommt die Mietsteuerung. In Frankreich, England und der Schweiz bestehen dreifache Friedensmietenpreise, ohne daß die erhöhten Preise zum Wachen verwendet werden. Wir wollen dagegen durch die Wohnabgabe, daß die Preissteigerung zum Wachen verwendet wird. Der Hauseigentümer muß allerdings soviel bekommen, daß er die Wohnungen in Stand halten kann. In Baden verfügen wir nicht über soviel Siedlungsflächen, um neue Grundbesitzer zu schaffen. Bei Siedlungsfragen haben wir neugierig den Gemeinden und Bauern immer für die Siedlungsfrage. In die Siedlungsordnung ist kein neuer Paragraph eingeschmuggelt worden, wie Abg. Schmidt-Weiten meinte, sondern wir haben den Paragraphen geändert und waren dazu berechtigt. Die „Wohlfühls“ ist ein gutes Unternehmen. Bei der „Lohnwirtschaft“ stehen wir wegen Verlauf oder Verpackung in Unterhandlung.

Finanzminister Köhler:

Der Restbetrag im Budget von 82 Millionen jährlich darf nicht leicht genommen werden. Der Optimismus des Finanzministers ist berechtigt, wenn keine unerwarteten Belastungen kommen. Die Steuererhöhung Erhebungs ist nicht so schlecht, wie sie gemacht wird. Die politische Zusammenfassung der Steuererhöhung hat sich im großen ganzen bewährt. Die von Abg. Gebhard vorgeschlagene Minderer der Selbstveranlagung würde allerdings manchen Leuten gefallen. Denn dann bräuhete man einen Etat mehr aufzustellen und wir wären verlassen. Bei der Steuerreform vieler Leute ist das wirklich nicht angängig. Das

Schwärzgebrennen

hat jeder einen kolossalen Umfang angenommen (Abg. Gebhard: Doch nicht beim Landbund). Ich spreche ja nicht vom Landbund, sondern von dieser Bemerkung mit einem Erziehungswert hoch sein. Gegen die Gesetzesverletzungen muß stark vorgegangen werden. Auf Denunziationen haben wir keine Brennererei geschlossen; auf unsere Erfahrungen hin mühten wir jedoch hunderte von Brennerereien schließen. Die Regierung hat alles getan, um das Brennrecht zu erhalten, den Abg. Rogan vom Landbund möchte ich jedoch fragen, was die Schwärzgebrenner getan haben, das Brennrecht für das babilonische Land und sein Ansehen zu erhalten. Das Brennrecht bleibt erhalten, jedoch nur bis zum nächsten Sommer, wie ich mitteilen möchte. Nicht nur im babilonischen Mittelland wird Schwarz gebrannt, sondern auch in anderen Gegenden. Es hängt dies mit dem Sinken der Steuermoral zusammen. Der Gehung der Steuermoral dient man jedoch nicht durch Aufstellungen, wie sie der Abg. Gebhard machte. Mit den eingegangenen Steuermitteln wird wirtschaftlich verfahren (Zustimmung des Abg. Gebhard (Abd.): Gegenständig!) Im Reichstag haben Leute, die von einer anderen Seite kamen (Zustimmung: Aebel). Das beste Unternehmen muß kaputt gehen, wenn darin neben Millionen sich bilden lassen. Als Vergleich aus der kapitalistischen Wirtschaft möchte ich auf die neulich zusammengebrochene Großbank hinweisen. Ich bitte um die Mitarbeit des Hauses zum Aufbau der Wirtschaft.

Am 1 Uhr vertag sich das Haus auf nachmittags 1/4 Uhr.

Kleine badische Chronik

Heidelberg, 27. Jan. Zu der Verfassung eines angeblichen französischen Schiebers, des Kaufmanns Gabriel Hubert, wird den Heidelberger „N. Nachr.“ nach berichtet, daß Hubert von der Mittelpunkt seines Schieberschreibens war. Dort liefen die Waren ein und aus und dort erschienen in großer Zahl die Kraftwagen, darunter nicht wenige aus dem Saargebiet und dort fanden auch die meisten großen Schießtage statt. In Heidel-

bronn stand ein Sad mit Nudeln aus weißem Mehl, die nur für den Jagdbund des Herrn Schiebers bestimmt waren. (11) Im Dezember war Hubert übrigens vom Heidelberger Richter wegen Verstoßens von Viehgenossenschaft zu 14 Tagen Gefängnis und 2000 M Geldstrafe verurteilt worden. Von da ab gab er die Lebensmittelbeschaffungen auf und sorgte für ausreichenden Ersatz in der Erziehung von Leber- und Schinken. Jetzt sitzt er hinter Schloß und Riegel.

Mannheim, 27. Jan. Einer von den 82 Deutschen, die von Frankreich nach in Gefangenschaft zurückgehalten wurden, während 21 ihrer Kameraden auf Weingarten das Gefangenenlager von Wignen verlassen durften, ist dieser Tage freigelassen worden und hier eingetroffen.

Willingen, 27. Jan. Hier wurde ein aus dem Donau- schinger Amtsgefängnis entprungener Strafving festgenommen, der sich als ein der Fremdenlegation entlassener Freiberger von Motened ausgegeben und allerlei Schwindelen betreibt hat.

Freiburg, 27. Jan. Totschlagsverstoß und Selbstmord. Heute früh nach 1 Uhr feuerte ein 42 Jahre alter, im Stühlinger wohnhafter Schullehrer, der betrunken nach Hause gekommen war, und mit seiner Frau in üblicher Weise Streit angefangen hatte, auf diese einen Revolverausch ab, der fehl ging. Wohl in der Meinung, er habe seine Frau getötet oder wenigstens schwer verletzt, jagte er sich eine Kugel in den Kopf, was seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Ueberlingen, 27. Jan. Der Racheengel aus der Umgebung von Friedrichshafen nach Baden hat in der letzten Zeit stark zugenommen, trotz scharfer Kontrolle an den Bahnhöfen usw. Dabei sind es, wie das Beobachtungsamt, nicht nur erwachsene Personen, sondern oft kaum der Schulbank entwandene Kinder, die mit verblüffender Verfehlenheit den Schmutz durchführen. In der letzten Zeit sind namentlich auch Frauen abgefaßt worden, die, um die Aufmerksamkeit der Beamten nicht auf sich zu ziehen, die dutzenden Kilogramm Packetas unter den Kleidern verborgen halten und mitunter sogar an Wägen, die wenig zu der späteren Verwendung der Sache als Genutzmittel in Einklang zu bringen sind. Eine Frau hatte die Nase in langen Stoffstücken am Körper und man konnte sagen: „Kom dem Wägen bis zum Anie, war voll kleiner Nase bis“.

Furtwangen, 28. Jan. Talperrückbau. Der Bau der Talperrückbau wird nunmehr in Angriff genommen. Die letztgenannte Gemeinde hat der Firma Duderhoff u. Wiedemann in Karlsruhe die Arbeiten für die Staumauer, die Entloftungsanlage und den Druckfließen übertragen, während die Turbinen und die elektrische Ausstattung von der Firma Oberbadische Elektrizitäts- und Maschinenbau-Gesellschaft in Willingen geliefert wird.

Konstanz, 27. Jan. Zum Brand in Bollmattigen. Es sieht nunmehr fest, daß bei dem gestrigen Brande der vierjährige Knabe der Familie Greiner in den Klammern umgekommen ist. Das Kind, das im zweiten Stock des Hauses lag, wurde unter einer einströmenden Mauer begraben. Bei dem Brande sind etwa 60 Zentner Heu und eine große Menge von Baumaterialien verbrannt.

Wohltätigkeitskonzert. Am Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im Saale zur Festhalle zum „Großen Schoppen“ in Wargemillansau ein Wohltätigkeitskonzert statt, dessen Ergebnis den bedürftigen Kriegsveteranen zugute kommen soll. Sollte schon dieser gute Zweck der Veranstaltung sehr viele veranlassen, das Konzert zu besuchen, so dürfte andererseits das Konzert selbst größte Anziehungskraft ausüben, denn es verspricht eine ungewöhnliche Fülle von künstlerischen Genüssen feinerer Art. Ein außerordentlich reichhaltiges Programm ist aufgestellt, das von hervorragenden Künstlern bestritten wird. Es braucht wohl nicht bezweifelt zu werden, daß dieses hervorragende Konzert auf einen starken Besuch rechnen kann, damit auch der wohltätige Zweck der Veranstaltung voll erfüllt wird.

Beförderung von Verkehr auf der Eisenbahn. Nach dem am 1. Februar 1922 in Kraft tretenden Personen- und Gepäcktarif Teil 2, für das gesamte Gebiet der deutschen Reichsbahn dürfen jetzt nicht mehr als Traglasten in die Personenwagen mitgenommen werden. Sie müssen daher ordnungsgemäß — am besten als Gepäck aufgegeben und in Packwagen befördert werden, wobei die Liebermachung der Sendung durch den Eigentümer nicht möglich ist. Im, insbesondere bei großem Andrang, z. B. bei Festmessen, Schwermiergenissen zu vermeiden, ist zu empfehlen, als Verpackung für die Festsendungen nicht, wie dies üblich ist, Säcke, sondern möglichst Körbe oder Kisten zu verwenden.

Sauschlachtungen der Wirte. Von amtlicher Seite wird darauf hingewiesen, daß auch Metzger und Wirte verpflichtet sind, alle von ihnen zur Schlachtung bestimmten Schlachtvieh der Schlachtvieh- und Fleischbeschau zu unterstellen und zu dem Zweck in der vorgeschriebenen Weise beim zuständigen Fleischbeschauer anzugeben, auch wenn das Fleisch etwa lediglich in ihrem eigenen Haushalt verwendet werden sollte.

Personenartiklerhöhung

Ab 1. Februar 1922 wird das Personenfahrgehalt auf der deutschen Eisenbahn um etwa 75 v. H. erhöht. Die Erhöhung erstreckt sich auch auf die Beifahrten und die Fahrpreise für Militär und Hunde. Der Schnellzugausgleich wird um 50 v. H. und die Gebühr für Bahnsteige um 100 v. H., d. h. auf 1 M., erhöht. Die Erhöhung des Gepäcktarifs beträgt etwa 30 v. H. unter Beibehaltung der bisherigen Mindestsätze von 3 M. und Berechnung nach der höchsten Entfernungs jeder Entfernungskategorie.

Wahlfahrten, die in der Zeit vom 29. bis 31. Januar 1922 gelöst werden, muß die Fahrt spätestens bis zum 31. Januar angetreten werden. Dies gilt auch für die Rückfahrt bei Doppelkarten und bei Paketkarten, die zur Fahrt in umgekehrter Richtung gelöst sind. Fahrkarten, ausgenommen die Fahrkarten des Mitteleuropäischen Reisebüros, deren Gültigkeit vor dem 1. Februar beginnt und sich über diesen Tag hinaus erstreckt, können zu dem bei Beieintritt maßgebenden Preisen und Beförderungsbedingungen bis zum Ablauf ihrer Gültigkeit benutzt werden. Fahrkarteinhalte des Mitteleuropäischen Reisebüros, die mit einem in der Zeit vom 7. Dezember 1921 bis 31. Januar 1922 fallenden Datum abgehempelt sind, gelten bis zum 3. Februar 1922. Ferner muß mit solchen Fahrkarteinhalten die Reise — bei Festen bei Ein- und Rückfahrt auch die Rückreise — spätestens am 31. Januar 1922 angetreten werden. — Nähere Auskunft wird von den Betriebsinspektionen, Stationsmännern und den Verkehrsbüros der Eisenbahn-Generaldirektion erteilt.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Advertisement for German Flour Products (Deutsche Teigwaren), Macaroni, and Noodles (Eiernudeln). It includes the text 'Wohlschmeckend und von hohem Nährwert. — Überall zu haben.' and 'Großvertrieb durch Vereinigte Deutsche Teigwaren-Fabriken G. m. b. H. in Mannheim.' The logo for 'Ein Volks-Nahrungsmittel' is also present.

Aus der Heimat

Karlsruhe, 28. Januar.

Geschichtskalender

28. Januar. 1807 Frieden zu Tilsit. — 1832 Der Komponist Franz Wüllner in München. — 1888 Der Dichter Adalbert Stifter in Linz.
 29. Januar. Der Dichter Goethe in Weimar. — 1814 Joh. Gottlieb Fichte, Philosoph, in Berlin. — 1921 Pariser Antikontenferenzen. Fordert 238 Milliarden.

Karlsruher Parteinachrichten

Sozialdem. Verein. Montag abend 1/8 Uhr in der „Goldenen Krone“ Vorstandssitzung, wozu um vollzähliges Erscheinen der Vorstandsmitglieder gebeten wird.
Bezirk Mittel- und Südwürttemberg. Mittwoch, 1. Febr., abends 8 Uhr, findet im „Hofbräuhaus“ Bezirksversammlung statt. Um vollzähliges Erscheinen wird ersucht.
Bezirk Mühlburg. Am Sonntag, 19. Januar, nachmittags 4 Uhr, spricht Genosse Reg.-Rat. Weiskamm im Saale der „Stadt Karlsruhe“ über die Konferenzen in Laßingen und Gannau. Anschließend gemüthliches Beisammensein. Die Mühlburger Arbeitergesangsvereine werden dabei mitwirken. Genosseninnen und Genossen, sorgt für guten Besuch; alle Freunde der Arbeiterfrage sind willkommen.
Bezirk Durland. Wir verweisen nochmals auf die heute abend 1/8 Uhr im „Karlsruher Hof“ stattfindende Parteibersammlung. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, zu erscheinen.

Verein Arbeiterjugend Karlsruhe

Wochenprogramm von Sonntag, 29. Jan., bis Sonntag, 5. Februar:
 Sonntag, 29. Jan., nachm. 1/4 Uhr. Vortragsnachmittag: „Wirtensberger Hof“. Edu. Wacker und Wollbrunn.
 Montag, 30. Jan., abends 8 1/2 Uhr. Reigenprobe: Turnhalle der Hebelstraße.
 Dienstag, 31. Jan., abends 7-9 Uhr. Nähturs: Handarbeitsaal der Hebelstraße.
 Donnerstag, 2. Febr., abends 8 Uhr. Vortrag des Gen. Stadts. Wühringer: Handarbeitsaal der Hebelstraße.
 Sonntag, 5. Febr., Nachmittagsparade.
 Jungsozialisten: Dienstag, 31. Jan., Zusammenkunft mit Vortrag im Musikaal der Hebelstraße.

Angestellte auf zur Wahl

Morgen Sonntag finden die Wahlen zur Angestelltenvertretung für den Amtsbezirk Karlsruhe statt. Zwei Gegenkandidaten sind im Besitz der Mandate. Auf der einen Seite ist es der Gewerkschaftsbund der Angestellten, der für die Wahl der heutigen Form der Angestelltenvertretung kämpft, die die Verwaltungsgelder vermindert, jedoch wenig für die Betroffenen tut, die die hohen Beiträge leisten. Im Gegensatz zum G.D.V. stehen die in der „Afa“ vereinigten freigeberischen Verbände, die eine Vermehrung der Angestellten, die mit der Invalidenversicherung verbunden ist, damit die bis jetzt verursachten unverantwortlich hohen Verwaltungsausgaben für die Angestelltenversicherung vermindert, dafür aber an die Betroffenen größere Leistungen gewährt werden können, die im Verhältnis zu den bezahlten Beiträgen stehen.
 Die ersten Wahlen zur Angestelltenvertretung in Unterbaden ergaben für den Gedanken der Vermehrung der Angestelltenvertretung mit der bestehenden Invalidenversicherung überaus günstige Resultate. In Mosbach erhielt die Afa 2 Vertrauensmänner und 4 Ersatzleute, während die verbundenen Verbände der Deutschnationalen und des Gewerkschaftsbundes nur einen Vertrauensmann und 2 Ersatzleute durchbringen konnten. In Weiskamm entfielen auf den G.D.V. 2 Vertrauensmänner und 3 Ersatzleute, während der G.D.V. nur einen Vertrauensmann und 2 Ersatzleute bekam und der D.G.V. leer ausging. In Weiskamm entfielen auf den G.D.V. und allein zu viele Stimmen wie auf sämtliche übrigen unter sich verbundenen Verbänden zusammen genommen. In Wiesloch erhielt der Afa-Bund 2 Vertrauensmänner und 3 Ersatzleute, der G.D.V. einen Vertrauensmann, sowie einen Ersatzmann und auch hier gelang es dem D.G.V. nicht einen Vertrauensmann durchzubringen. In Adelsheim erhielt der Afa-Bund 3 Vertrauensmänner und 6 Ersatzleute.
 Wenn jeder fortschrittlich denkende Angestellte seine Pflicht tut, wird in ganz Baden der Vermehrungs-Gedanke der sozialen Versicherungen liegen, denn wir konnten feststellen, daß nur dort der vom Standesdünkel diktierte Gedanke der Sonderbrüderung noch in der Mehrheit war, wo durch eine unglückliche Wahlmanöver ein großer Prozentsatz der Wahlberechtigten nicht zur Wahlurne ging, während es den Gegnern gelang, die famulierten Ankünder zur Wahlberechtigung zu bewegen... Deshalb auf zur Wahl! Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Gewählt wird von morgens 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr im Bezirksamtsgelände in drei Wahllokalen. Der Stimmbezirk A wählt in Zimmer Nr. 40 und umfaßt das Stadtgebiet westlich der Hebel-, Scheffel-, Koch-, Weber- und Roggenbachstraße, einschließlich der Westseiten dieser Straßen, ferner die Stadtteile Grünwinkel, Durlanden und sämtliche Gemeinden des Landbezirks. Der Stimmbezirk B wählt in Zimmer Nr. 38 und umfaßt das Gebiet von den Ostseiten der Hebel-, Scheffel-, Koch-, Weber- und Roggenbachstraße bis zur Karl-Friedrich- und Fillingstraße einschließlich der Westseiten der letzteren Straßen. Der Stimmbezirk C wählt in Zimmer Nr. 30 und umfaßt das Gebiet von den Ostseiten der Karl-Friedrich- und Fillingstraße nach Osten bis einschließlich des Stadteils Hinstein.

Angestellten-Verammlung

In der besetzten Versammlung sprach am gestrigen Freitag Herr Paul Zange aus Berlin über „Wahrheit und Fiktion der Angestelltenversicherung“. In allgemeiner verständlicher und überzeugender Weise entwarf er die Referent seiner Aufgabe. Seine Ausführungen schärften die Entscheidung der Angestelltenversicherung und deren Zweck; das jedoch Direktorium der Reichsversicherungsanstalt erhielt hierbei manche scharfe aber gerechte Kritik. In aufmunternder Art fertigte er die Sonderkassen ab. Der Absatz, der durch

die Ueberzeugungskraft seiner Arbeit stetig an Größe gewinnt, fordert den Ausbau der gesamten sozialen Fürsorge, sodaß nicht mehr jahrelange Prozesse geführt werden brauchen, ob der Versicherungspflichtige in die Angestellten- oder Invalidenversicherung gehört.

Dem Referat schloß sich eine sehr anregende Diskussion an.

Die Brotversorgung gesichert

Nach Mitteilungen von maßgebender Stelle des Reichs sind Brotverhältnisse wegen des Standes der Brotversorgung unbesorgt. Bis zum 1. Januar waren bereits zwei Millionen Tonnen Umlagegetreide von der Reichsgetreidebestelle erfasst, der Rest wird bis zum 15. Februar ermahnt. Ferner waren im freien Markt 1,3 Millionen Tonnen Inlandgetreide und aus dem Ausland 1,6 Millionen Tonnen Getreide von der Reichsgetreidebestelle erworben. Diese hat also schon jetzt genügend Ware an der Hand, um die tägliche Brotration von 200 Gramm bis Anfangs Juli zu sichern und der Erwerb der noch bis zum 15. August notwendigen Mengen wird sich ohne besondere Schwierigkeiten zu annehmbaren Bedingungen bewerkstelligen lassen. Eine Preissteigerung mit Brotgetreide ist kaum noch zu befürchten, weil das Inlandgetreide den Auslandspreis fast erreicht hat und heute Inlandgetreide 7040 M., besser Auslandsgetreide 7000 M. pro Tonne kostet.

Es ist gemäß erfreulich, daß die Brotversorgung gesichert erscheint, aber diese Sicherung muß das deutsche Volk genug bezahlen. Das Vertrauen von landwirtschaftlicher Seite, an den Weltmarktpreis für Getreide heranzukommen, ist erreicht. Millionen von Kindern, Sozial- und Kleinrentner können dadurch nicht genügend Brot essen und müssen noch mehr hungern wie bisher. Das ist der Kaufpreis für die Sicherstellung der Brotversorgung. In Wirklichkeit ist die Brotversorgung nur für das kaufkräftige Publikum gesichert, denn wo sind die Weltmarktpreise und -Gehälter, trotz deren die minderbemittelte Bevölkerung das teure Mehl und Brot kaufen können? Weltmarktpreise bedingen aber auch Weltmarktlöhne!

Aufgegriffen wurde in verfloßener Nacht der 8 Jahre alte Knabe eines hiesigen Arbeiters, der nur notdürftig bekleidet in halberfahrenem Zustande unter einer Brücke des Hauptbahnhofes beim Durlacher Walde lag und angeblich von seiner Mutter von zu Hause fortgeführt worden zu sein. Gegen die Mutter ist bereits ein Verfahren wegen Mißhandlung ihres Sohnes anhängig. Der Knabe wurde im Kinderheim untergebracht.

Ein Bahradbich wurde gestern in hiesiger Stadt durch unbekannte Täter verübt.

Veranstaltungen

Arbeiter-Abendkutsch. Montag, 30. Jan. 1922, abends 8 Uhr, in der Hebelstraße Versammlung mit Vortrag. Freunde sind willkommen.

Arbeiterbildungsbund. Kommen den Montag, 30. Jan., abends 8 Uhr, spricht Herr Professor an der Techn. Hochschule Dr. Ing. E. W. Z. über: „Moderne Bauingenieurwerke bei uns und anderwärts (mit Lichtbildern)“. Der Besuch des Vortrags, der im Hause des Vereins Wilhelmstraße 14 stattfindet, ist unentgeltlich. Gäste sind willkommen.

Die Wandlungen und Touristen-Vereinigung veranstaltet morgen Sonntag mittags 5 Uhr im „Gottesacker Schützen ein 8 Uhr mit dem Motto: Ein lustiger Tanz bei Mutter Grün.

Die nächste städtische Veranstaltung in der Festhalle, am Sonntag, 29. Januar, abends 8 Uhr, wird über den Reigen eines Konzerts hinausgehend, heitere dramatische Werke, Lieder und Tanzdarbietungen, bringen. Der Charakter dieses Abends ist unter einem einheitlichen künstlerischen Gesichtspunkt in das Motto zusammengefaßt: „Achtung, heitere Spiele und Tänze“.

Sirkus Busch, ein altrenommiertes, erstklassiges Unternehmen, beginnt heute, Samstag abend 8 Uhr mit seinen Vorstellungen in Karlsruhe, in der Ausstellungshallen. Auf diese Eröffnungsvorstellung sei hiermit hingewiesen. Am Sonntag veranstaltet der Sirkus 2 Vorstellungen nämlich um 4 Uhr und 8 Uhr abends.

Auf die zweite musikalische Abendfeier, die am Montag, den 30. Januar, im Landestheater stattfindet, sei auch an dieser Stelle nochmals aufmerksam gemacht. Von besonderem Interesse für das musikalische Publikum dürfte das erste Auftreten von Fräulein Glise Wagner aus Berlin hier in Karlsruhe sein. Die junge, sehr begabte Künstlerin ist eine Schülerin von Pilly Lehmann, der bedeutendsten Sängerin und jetzt rühmlichst bekanntes Gesangsleiterin.

Die Musikanten

Die unterer heutigen Auflage beiliegende Nummer der 4. Woche der „Musikanten“ hat folgenden Inhalt: Die neue Zeit; von Karl Wendell. — Das Jüngerinnenmädchen. — Die deutschen Kolonien an der Wolga; von einem Wolgabewohner. — Für unsere Frauen: Mein Kind; von Anna Ritter. — Weib und Ehe im deutschen Ewidwort. — Aus Welt und Wissen. — Rätsel. — Wit und Quator.

Valuta-Bericht vom 27. Januar

Die Mark notierte heute in der Schweiz etwa 252 Cts. Auszahlung Holland etwa 73.94 M per holl. Gulden. Auszahlung Schweiz etwa 88.21 M per schw. Fr. Auszahlung England etwa 883 M per Pf. Sterl. Auszahlung Frankreich etwa 16.41 Mark per frz. Fr. Auszahlung Neupost etwa 201 M per Dollar.

Schnee-Bericht

Sundsee: 45 Ztm., 5 Ztm. pub. Neuschnee auf offenem gefr. Schnee. — 1 Gr., fülle, bedekt, fahrbar bis Oberal. — **Ratzenhorn:** 45 Ztm., 10 Ztm. neuer Schnee. 2 Gr., fülle, bedekt, Schipport sehr gut, Nebelbahn nach Murgal gut fahrbar. — **Reerenwald:** 83 Ztm., anstehend pub. Neuschnee, Schipport gut. — **Reerenwald:** 15 Ztm., 5 Ztm. pub. Neuschnee, 2 Gr., bedekt, Ski- und Rodelsport sehr gut. — **Döbel:** 15 Ztm., 3 Ztm. pub. Neuschnee. 0 Gr., leicht bed., R. D. Ski- und Rodelsport gut. — **Forstgraben:** 70 Ztm., alter gefr. Schnee, 5 Ztm., neuer Neuschnee, 2 Gr., Schipport gut bis Bahnhofsstation.

Karlsruher Bürgerauschussung

Dem Karlsruher Bürgerauschuss waren für die gestrige Sitzung nicht weniger als 12 Punkte zur Beratung vorgelegt. Die zwei ersten Vorlagen betrafen „Änderungen der Bestimmungen über die Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung der städtischen Beamten“ und „Einziehung der Stadt Karlsruhe in die Ortsklasse A“. Die Vorlagen wurden von Bürgermeister Sauer begründet. Er gab zunächst einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion bekannt, der die Nachzahlung für die Einziehung in Ortsklasse A auch für die aus städt. Diensten ausgeschiedenen und hier anfassigen ausführenden Angestellten für die Zeit vom 1. 4. 20 bis 12. 21 verlangt, soweit dieselben beim Ausscheiden keine Hofindung erhalten haben und mit ihnen keine Abmachung getroffen wurde. Ein Antrag der U.S.P. wünscht dasbiste. Bürgermeister Sauer betonte in seiner Begründung, daß die Stadt nicht über die Bestimmungen des Reichs hinausgehen können und er wünschte die Annahme der Vorlagen ohne Änderung. — Stadtschulmann-Stellvert. Wühringer ersuchte ebenfalls um unveränderte Annahme der Vorlagen. In der Diskussion fand es Stadts. Gen. Wühringer für ganz richtig, daß die Regelung der Beamtengehälter fürs ganze Reich erfolgt. Die Not innerhalb der unteren und mittleren Beamtenschaft sei recht groß. Für die aus städt. Diensten ausgeschiedenen ausführenden Angestellten sollte die Nachzahlung ebenfalls erfolgen. — Für Annahme der Vorlagen sprachen weiterhin die Stadts. Nieß (U.S.P.), Treßler (R.), Siegel (Dem.), Peters (R.), Trautmann (Dem.). Letzterer lehnt für seine Fraktion den sozialdemokratischen Antrag ab, desgleichen Stadts. Weß (D.M.). Bürgermeister Sauer betonte in seinem Schlußwort, daß die Annahme des sozialdemokratischen Antrags wohl die Regierung als Aufsichtsbehörde die Genehmigung verleihe. — Die Abstimmung ergab die Annahme der Vorlagen unter Ablehnung der Verbesserungsanträge der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Es kamen sodann eine Reihe von Vorlagen betr. „Arbeitsüberreitungen“ zum Aufsat, die wir ja schon des Näheren besprochen haben. Nach längerer Debatte erließen alle Vorlagen einstimmige Genehmigung.

Die Vorlage „Einziehung von Schulfällen in der Telegraphenfabrik“ gab unserm Genossen Stadts. Wilhelm als Schulmann Veranlassung, die Ueberfüllung der Klassen in hiesigen Schulen zu kritisieren. Das Normalmaß werde bedeutend überschritten, wodurch der Unterricht außerordentlich leide, denn von einem individuellen Unterricht könne gar keine Rede sein. Ein Rückgang der Qualität des Schülersmaterials mache sich deshalb bemerkbar. Zum Schluß seiner mit großer Aufmerksamkeit verfolgten Ausführungen trat unser Genosse für die Gemeindefachschulen ein, da nicht nur ein ersterer Erfolg dabei herauskomme, sondern auch Ergebnisse gemacht werden könnten. — Frau Stadts. Müller (R.) wandte sich gegen die Gemeindefachschule, wenigstens für die oberen Klassen. — Es sprachen sodann noch weiter zur Vorlage die Stadts. Kester (Dem.), Heimgelmann (D.M.), Strobel (R.), Nieß (U.S.P.), sowie Bürgermeister Dr. Klein, wobei der es nicht für möglich hält, daß in den nächsten zehn Jahren Schulhäuser gebaut werden können. Man müsse deshalb die einzige Regelung begründen. — Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der Vorlage.

Ohne Debatte wurde sodann ein Verkauf von Straßengelände einstimmig gutgeheißen.

Zu einer lebhaften Debatte kam es beim letzten Punkt der Tagesordnung „Erhöhung der Tarife bei der Lokalbahn“. Im Interesse der Erhaltung der Bahn traten alle Redner für die Erhöhung des Tarifs ein. Vom Genossen Böhm wurde scharfe Kritik über die Mißstände geübt, welche zu der ersten Zeit bei der Induktion der Strecke Karlsrufer-Karlsruhe sich ergeben und an denen die Straßenbahnverwaltung die volle Schuld trägt. Über 14 Tage konnte schwarz gefahren werden, da nicht genügend Personal da war. Das weitere trat unser Redner betrie ein, daß die Vergütung für Bekehrung aus auf der Altkarlsruhe eingeführt werden sollte. — Straßenbahndirektor Schmittmann wehrte sich gegen die Angriffe, er gab aber zu, daß Mißstände sich gezeigt haben und beklagt das Benehmen der jüngeren Arbeiter, welche diese Strecke befahren. Es spreche noch zur Vorlage die Stadts. Förster (R.), Kruse (U.S.P.), Biesler (D.M.), Hermann (Dem.). Die Genossen Müller-Witz und Wühringer brachten weitere Klagen über die angeführten Mißstände vor. Letzterer machte auch den Oberbürgermeister dafür verantwortlich, da er immer auf Entlassung von Personal dränge. — Stadts. Nieß und Stadts. Jung (U.S.P.) wandten sich ebenfalls scharf gegen das Straßenbahnamt. — Oberbürgermeister Dr. Winter hielt die Kritik als zu weitgehend durch Verringerung des Personals seien 2 Millionen Mark gespart worden. Es müsse abgebaut werden, jedoch werde eine Verminderung unter das notwendige Maß nicht eintreten. Der Oberbürgermeister wandte sich sodann gegen das Gespräch, daß er die Straßenbahn an Stinnes verkaufen wolle. Er erklärte sich als prinzipieller Gegner eines solchen Verkaufs. Die Stadt müsse auf ihrem eigenen Grund aus eigener Hand sein. — Die Vorlage fand einstimmige Annahme.

Schriftleitung Georg Schäfflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Ueberlicht und Lokale Nachrichten Hermann Kadel; für Wöchentliche Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefachliche, Soziale Landbau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Wirtschaften Josef Siegel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Bis zu 4 Stellen Vereinsanzeigen

Wird und mehr Stellen Nr. 2 — die Stelle
 Veranlagungsanzeigen haben unter dieser Rubrik keine Aufnahme!
 Karlsruhe. (Arbeiter-Frauenthor und Mädchenchor.) Die regelmäßigen Singstunden beginnen jetzt wieder am nächsten Montag 1/8 Uhr und ersuchen wir um vollzähliges Erscheinen. 2388 Die Verwaltung.
 Karlsruhe. (Vollchor West.) Heute abend 1/8 Uhr Sängereabend im „Hirsch“.
 Karlsruhe. (Naturfreunde — Wintersportler.) Treffpunkt auf den Riedl-Häuser Gabelarte Rauningsack — Offenbüren



Persil das selbsttätige Waschmittel von unerreichter Wasch- und Bleichkraft. Macht die Wäsche frisch und duftig, wie auf dem Rasen gebleicht. Wäscht mühelos, schnell und billig!

Alleinige Fabrikanten: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF, auch der „Henko“, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Preis das Paket Mk. 7.—

Sanitas - Heilinstitut Karlsruhe
Kaiserstr. 91 II
Dr. med. Lachmann.
Spezialbehandlung für Gallensteinerkrankungen und Asthmaleidende (Bronchialkatarrhe).
Sprechstunden: 10-7 Uhr abends
Sonntags 10-12 Uhr.

Deutsch. Eisenbahnerverband
Ortsgruppe Karlsruhe.
Sonntag, den 5. Februar, nachmittags
1/2 2 Uhr beginnend, im Städtischen Konzerthaus
(oberer Saal)

**Jahres-
General-Versammlung.**

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kasienbericht.
2. Wahl der Ortsverwaltung und sonstiger
Funktionen.
3. Anträge und Beschlüsse.
Einige Anträge sind bis spätestens 3. Februar
an die Ortsverwaltung einzureichen.
Die Mitglieder aller Sektionen und Berufs-
gruppen sind hierzu eingeladen. 2389
Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.
Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Nachfahrer-
Verein „Solidarität“**
Ortsgruppe Gulach.
Am Sonntag, den 29. ds. Mo., nach-
mittags 4 Uhr, hält der Arbeiter-Nachfahrer-
Verein eine

Abend-Unterhaltung
im Salkhaus zur „Krone“ ab, wozu sämtliche
Mitglieder nebst Familienangehörigen freun-
dlich eingeladen werden. — Für gute Unter-
haltung ist bestens gesorgt. 1096
Der Vorstand.

**Verband der Gemeinde- u.
Staats-Arbeiter** Karlsruhe
Montag, den 30. Januar, abends 7 Uhr
findet im Lokal zum „Prinz Karl“, eine für die
Beamten-Sektion

äußerst wichtige
Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Die Notwendigkeit der wirtschaftlichen
Organisation für die Beamten in städ-
tischen Betrieben.
2. Ist die Eingruppierung in die verschiedenen
Gruppen der Besoldungsordnung in ein-
wandfreier Weise erfolgt.
3. Verbandsangelegenheiten.
Erscheinen aller in Frage kommenden Beamten
die Mitglied unserer Organisation sind, werden ge-
beten, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. 3400
Die Filialleitung.

Ant. Ges. Gleichheit
1904
**Gesang-Verein
„Gleichheit“.**
Samstag, den 4. Fe-
bruar im „Apollo“,
Marianstraße

Kostüm-Fest
Motto:
**Republikanischer
Handwerker- und
Bürgerball.**
Saalöffnung 7 Uhr Anfang 1/8 Uhr
Ende 2 Uhr
Eintritt für Nichtmitglieder 10 Mk., für
Mitglieder und deren Angehörigen 5 Mk.
Hierzu ladet ergebenst ein 2307
Der Vorstand.

Arbeiter-Sportklub Karlsruhe
Mitglied der Zentral-Kommission
für Sport und Körperpflege.
Donnerstag, den 9. Februar 1922, abends
7 Uhr, findet in der „Gambinushalle“, unsere
jährliche ordentliche

Kartell-Generalsversammlung
mit folgender Tages-Ordnung statt.
1. Geschäfts- und Kasienbericht.
2. Jubiläumsgedenken.
3. Feiern.
4. Anträge und Wünsche. 2382
Unter Hinweis auf das Rundschreiben vom
1. Dezember 1921 ersuchen wir, Anträge bis längstens
5. Februar an den Kartellvorsitzenden gelangen zu
lassen, und erwarten, daß die Delegierten der Vereine
reihlos vertreten sind. Besondere Einladungen er-
gehen nicht mehr. Der Kartellvorsitzende.

Schluss
der Beantwortung unserer
1500.- Mark-Preisfrage
Montag, 30. Januar
7 Uhr abends 2393
Gebo - Seifenhaus
Kaiserstr. 36a Telefon 832

Das Stadtgespräch

bilden unsere billigen Preise für **echte**
Offenbacher Lederwaren

Nur Qualitäten
Brieftasche
in Leder, 27 Form
schwarz u. braun 40.-
Brieftasche
in Leder, vornehme
Ausmachung 68.-
Scheintasche
mit Lederfutter
in allen Farben 27.-
Schojantasche
mit Stoff-Futter
extra groß 29.-
Portemonnaie
mit Gelbschneidestellung
in Leder, große 29.-
Form 1, 2, 3

Ausschneiden!
Im Monat **Februar**
verlegen wir unser
Etagengeschäft
bedeutend vergrößert
in die 2890
Kaiserstraße
203 I. Stock

Nur Qualitäten
Besuchtasche
alle Lederarten
und Formen 68.-
Besuchtasche
alle Lederarten
feinste Ausfüh. 198.-
Damentasche
Kofferform
in braun Leder 198.-
Damentasche
Flügeltasche eleg.
Form, alle Farben 475.-
Damentasche
Auto-Rindlack, breit
gestreift, Koffer-
form 325.-

**Offenbacher
Lederwaren-Vertrieb**
nur Kaiserallee 50 I Karlsruhe nur Kaiserallee 50 I
Ecke Händelstraße Ecke Händelstraße

Bad'sches Landestheater.
Samstag, den 28. Januar, 7 bis 9 1/4 Uhr, M. 25.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1-300 und 1101-1200
Anna Boleyn.

Sonntag, den 29. Januar 1922.
In der Wandelhalle des I. Rangens vormittags
11 1/2 Uhr Morgenveranstaltung des Theater-
Kulturverbandes: Vortrag von Dr. Karl Woltz,
Dramaturg des Sächsischen Landestheaters
Dresden

„Vom Sinn und Un Sinn des Theaters“
Karten für Mitglieder des Theater-Kultur-
verbandes 3 Mark,
für Nichtmitglieder 6 Mk. an der Theaterkasse.

Abends 8 1/2 bis gegen 1/2 10 Uhr, Mark 55.
Uraufführung: **Liebesmacht.**
Oper in 3 Akten von Rudolf Lothar
Musik von Alfred Lorentz. 219

Korzerthaus.
Sonntag, den 29. Januar, 7 bis 9 Uhr, M. 21.70,
Börsenfeiber.

kleine Feiern
Montag, 30. Januar, 1/2 7 Uhr
Klavierabend
Hans Bruch
unter Mitwirkung von
Lene Weiler-Bruch
(zweites Klavier)
Benson: Improvisation f. 2 Klaviere
Lopatinich: Präludium und Fuge
(Manuskripte). Mozart: Sonate D-Dur
f. 2 Klaviere. Liszt: Sonate h-moll.
Karten zu 12.-9.-6.-u.4.-zuz. Steuer bei
nur 500 Stk.

Achtung Zum Eichbaum Achtung
Heute Samstag und Sonntag
Cabarett
Eintritt frei. Schönes Nebenzimmer
Fr. Ta'mon l'Armée, Metzger und Wirt

Gut und billig essen und trinken Sie
im **„Rebstock“**
Ecke Kaiserallee u. Händelstr., halbtägliche Portion.
Schrenck-Prinz-Biere. Keine Beim.
Eigene Schlaughterie
la. Würstwaren.
Konzert. R. Schmid.

„Krone“ Mühlburg Hartfelle
Hartfelle
Bestester Gasthof am Plage. — Bekannt prima Küche:
Mittag und Abendessen (Abonnement). — Diner und
hochzeitliche Arrangements werden prompt ausgeführt.
fl. Biere, naturreine Weine. — Schöne Neben-
zimmer für Vereine, Klubs, Unterhaltungen usw.
Café mit Konditorei. — Stetige Bedienung.
Um geneigten Anspruch bitten 2185
Grubmüller und Frau.

Keine Ladenspesen. Keine Personalspesen.
Daniels Konfektionshaus
Tel. 1846 Karlsruhe, Wiltbelstr. 34, 1 Tr.
Schwarze
Mäntel, Kostüme,
Kleider, Röcke, Blusen
zu bekannt billigsten Preisen. 2322

Die Ausstellungenshalle ist gut geheilt. I
Nur kurze Zeit.
Circus Busch
Karlsruhe, Ausstellungenshalle.
Telephon über Rathaus.
Samstag abend 8 Uhr:
Gala-Eröffnungs-Vorlt.
mit Weltstadt-Riesen-Programm
Sonntag, 29. Januar:
2 große Feltvorlt. 2
nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr
Eine jede dieser Vorstel'ungen mit hoch-
interessantem Programm.

Arb.-Bildungsverein
e. V.
Montag, 30. Januar,
abends 8 Uhr, im Saal-
ung. Haus des Wilhelmstr. 14

Vortrag
(mit Lichtbildern)
des Herr n Professore der
Techn. Hochschule Dr. Ing.
E. Probst: 2399
Modern. Bauingenieur-
werke bei uns und
außerwärts.
Der Besuch ist unentgelt-
lich. Gäste sind willkommen
Der Vorstand.

**Verbessern Sie
Ihre Schrift!**
Lessingstrasse 78
Fachlehrer Buck
Telephon 1296

Gnifelebern
faul und M. 120.- der
zahlt bis M. 14.-
W. Kaier
Ruhstr. 14 am

In einem guten
Mittagstisch
können noch einige
Abonnenten teil-
nehmen. 2086
Storch Mühlburg

Frisuren
für alle Gelegenheiten.
Kopfwäsche
O. Antieren
zu billigen Preisen.
Am Stadthaus Nr. 1
Ecke Gillingenstraße
nähe dem Hauptbahnhof.

Kleider, Schuhe,
Wäsche etc. kauft hier zu
höchsten Preisen. 2079
S. Vretrad, Tel. 3080
Eisenweinstr. 32, 11.

Schlüsselschneiderei
berühmt berüchtigt
Goldschmied
doppelt hart, geruchlos
in Wäsche u. Drogenen.

Palast-Theater

Herren-Strasse.
Ab heute 2394
Die beliebteste deutsche
Künstlerin
Henny Porten
in ihrem neuesten dramatischen
Meisterwerk
Hinterterre
von Carl Mayer.

**Die dummen
Mannsleute.**
Lustspiel von Lau Lauritzen.
In den Hauptrollen:
Frederik Buch
Olga Haasen.

Kaiser-Lichtspiele
am Durlacher Tor.
Nur bis einschließlich Montag

**Der Ueberfall auf den
Stahltesor**
sieben gewaltige Akte
aus dem grossen Radium-Geheimnis
Vater und Sohn
4 Akte 3401
mit **Albert Bassermann.**

Photographien
Postkarten-
Porträts
Gruppen-
Vergrößerungen
Rausch & Pester
Karlsruhe
Erbsprinzenstr. 3

Auf Teilzahlung
erhalten Sie
**komplette Möbel-
Einrichtungen** und
einzelne Möbel unter gün-
stigen Zahlungsbedingungen
aus von grosser Möbel-
firma bei reellster Bedie-
nung und reinguter Ver-
schwiegenheit. Angebote
unter Nr. 2385 an das
Sofortreuebüro erbeten.

Bad. Sänglingsfürsorge-
Geld-Lotterie
Ziehung 10. Febr. 1922
50 000
25 000
20 000
Los 1 H. Porto als Brief 2 M.
s. s. Drucksache 30 Pf. Liste
und Porto Mk. 1.- empfindlich
Lott-Unternehm.
J. Stürmer
Mannheim 07, 11
und alle Lotteriehändler.

Ungefärbte
Frauenhaare
kauft z. neuen eröhrt. Preis.
Estar Decker, Haarhdlg.,
Kottberrasse 52.

Eingetroffen
**Reifig-
Besen**
St. N. 2.40
Bucherer
in sämtlichen
Zweigen